



ONLINE

DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
17. August 2009

Auslandsbüro Polen
Leiter: Stephan Raabe
www.kas.de/polen

Die strategischen Weichenstellungen von 1989

Polen und Deutschland in der Europäischen Union

VON WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI

Rede anlässlich der deutsch-polnischen Konferenz „Fünf Jahre Mitgliedschaft Polens in der EU“ am 26. Mai 2009 in Warschau veranstaltet von der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Koźmiński Universität und dem Unabhängigen Institut für Völker- und Europarecht in Warschau.

Übersetzung Iwona Łatwińska und Stephan Raabe.

2009 ist ein Jahr der Jahrestage. Über die Polen sagt man – nicht zu Unrecht – dass sie Gefallen daran finden, die Jahrestage der Niederlagen und Tragödien feierlich zu begehen. An solchen fehlt es auch nicht im Jahre 2009. Am 1. September werden wir den 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges begehen. 1939 war ich 17 Jahre alt, ich habe gerade das Abitur gemacht und war damals nicht viel jünger als die in diesem Saal anwesenden Studenten. Diesen Jahrestag müssen Polen und Deutsche, Juden und Russen sowie andere Nationen gedenken. Er verbindet nämlich auf eine besonders brutale Art und Weise ihr Schicksal und ihre Geschichte.

Aber das Jahr 2009 bringt Polen doch vor allem auch fröhliche Jahrestage: den 20. Jahrestag des Runden Tisches, den 20. Jahrestag der seit Jahrzehnten ersten halb-freien Parlamentswahlen, der Wahl von einem hervorragenden Oppositionsvertreter – Tadeusz Mazowiecki – zum Premierminister. Das Jahr 2009 brachte den 10. Jahrestag des Beitritts Polens zur NATO sowie die fünfjährige Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union. Der Beitritt von unserem Land zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 gehört meines Erachtens zu den größten Errungenschaften vom unabhängigen Polen, der III. Republik. Die Mitgliedschaft Polens in der EU bestimmt seinen Platz auf dem europäischen Kontinent und in den transatlantischen Beziehungen für die kommenden Jahrzehnte. Dieses Ereignis muss natürlich im Zusammenhang mit der vor knapp zwanzig Jahren erreichten fundamentalen politischen Wende 1989/90 gesehen werden.



Es lohnt sich daran zu erinnern, dass sich die Hauptausrichtungen der Politik des unabhängigen Polens, die vom Premierminister Tadeusz Mazowiecki und von dem damaligen Außenminister Krzysztof Skubiszewski gestaltet wurde, auf drei Fragen konzentrierten:

1. die Schaffung einer guten Nachbarschaft;
2. die Begründung einer soliden regionalen Politik im Mittel- und Osteuropa und
3. die Wiederherstellung einer angemessenen Position für Polen unter den demokratischen Staaten, die sich an den Prinzipien der Marktwirtschaft orientieren. Diese letzte Zielsetzung beinhaltete eine möglichst schnelle Einbindung Polens in die Sicherheitsstrukturen der westlichen Welt und anschließend die Mitgliedschaft in der EU.

Es ist also zu betonen, dass der Assoziation an die EU und der anschließenden Mitgliedschaft eine konkrete Orientierung der Entwicklung des polnischen Staates zugrunde lag, der auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung von Menschenrechten und Privateigentum beruhen sollte. Darüber hinaus zielte diese Ausrichtung auf die feste Verankerung Polens unter denjenigen Staaten, die nach denselben Prinzipien handeln, also auf der Grundlage von gemeinsamen Werten.

Die Begründung einer soliden Politik in unserer Region erforderte vor allem eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen Polen und seinen Nachbarn im Osten, Süden und im Westen. Dabei ist zu beachten, dass in allen diesen Richtungen Staatsgründungsprozesse vonstatten gingen, darunter – im Westen – der schnell voranschreitende Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands. Von polnischer Seite wurde dieser Prozess stark unterstützt und zwar bereits seit der Anfangsphase der Solidarność, denn in der polnisch-deutschen Zusammenarbeit, der Lösung der deutschen Frage sah man einen wesentlichen Faktor zu Schaffung einer neuen europäischen Ordnung und zugleich eine wichtige Bedingung dafür, an der europäischen Integration teilzuhaben.

Der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands, der parallel zur Anfangsphase der Systemtrans-

formation Polens verlief, war somit für uns von wesentlicher Bedeutung: Deutschland wurde zu einem der wichtigsten Partner auf dem Weg Polens in die Nato und EU. Ohne Zweifel wurde seitens des demokratischen Polens und des vereinigten Deutschlands in den ersten Jahren viel getan, um eine „Interessengemeinschaft“ zu verwirklichen. Das „Problem der Grenze“ wurde ein für alle Mal gelöst – die vereinigte Bundesrepublik bestätigte, dass die deutsch-polnische Grenze im Sinne des Völkerrechts endgültig festgelegt ist. Es wurden Regulierungen verabschiedet, um den Polen deutscher Herkunft und den polnischen Menschen in Deutschland den Status einer nationalen Minderheit bzw. kulturelle Rechte zu gewährleisten; es wurden Grundlagen zur Entwicklung von guten Beziehungen in allen Bereichen geschaffen. Noch wichtiger war jedoch der Weg zur Mitgliedschaft Polens im Sicherheitsbündnis, der Nato, und in der EU. Die Zeit bis zur EU-Mitgliedschaft am 1. Mai 2004 zeugte von großer Entschlossenheit in der Umsetzung dieses strategischen Zieles und vom politischen Konsens diesbezüglich in Polen. Sie zeugte auch davon, dass die Bundesrepublik damals zu Recht als einer der wichtigsten Verbündeten Polens bezeichnet wurde und das strategische Ziel trotz verschiedener Interessenunterschiede in Teilbereichen zu erreichen half.

In den letzten Jahren gaben zunehmend diejenigen den Ton an in Polen, die auf eine besondere Art und Weise nationale Interessen definieren wollten und unter dieser Perspektive auch die „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ neu bewerteten, die wie gesagt den Ausgangspunkt für die Beziehungen zwischen dem unabhängigen Polen mit dem wiedervereinigten Deutschland darstellte und eine der zentralen Grundlagen der neuen Außenpolitik von unserem Land nach 1989 war. Im besten Fall dachte man, dass dieses noble Konzept der Vergangenheit angehöre und im schlimmsten Falle, dass es ein für die polnischen Interessen schädliches Konzept gewesen sei, weil es die polnischen Interessen vernachlässigt und stattdessen die deutschen Interessen bevorzugt habe. Andere urteilen hingegen, indem sie sich nach dem kühlen Kalkül der „Realpolitik“ richten, dass die deutsch-polnische Interessengemeinschaft derzeit durch eine „provinzielle Nachbarschaft mitten in Europa mit marginaler Bedeutung für den Rest des Kontinents“ charakterisiert wird.



Ich lehne solche Urteile ab. Ich bin überzeugt, dass man von den ad hoc geäußerten Urteilen der so genannten „Realpolitik“ und dem politischen Alltagspopulismus absehen sollte. Im Jahr 1989 wurden feste politische Paradigmen mit strategischer Bedeutung für den europäischen Kontinent formuliert und dabei auch die Hauptausrichtung der polnischen Politik und der deutsch-polnischen Beziehungen bestimmt. Ihr gemeinsamer Nenner bleibt das, worum man in Polen in den Jahrzehnten nach dem Krieg kämpfte: Die Zugehörigkeit Polens zur Gemeinschaft der demokratischen Staaten, deren Wirtschaft sich auf das Privateigentum stützt und die eine gemeinsame Kultur sowie gemeinsame, aus der christlichen Tradition stammende Werte haben. Die Hauptsäulen dieser Politik sind zu einer festen Konstruktion für den polnischen Staat geworden:

- Von sehr grundsätzlicher Bedeutung ist dabei die Erlangung der Mitgliedschaft in der EU. Heutzutage relativiert man immer häufiger die Zugehörigkeit Polens zu dieser Gemeinschaft, indem man die Mitgliedschaft „kleinredet“. Das führt in die Irre, denn der Abschluss der Beitrittsverhandlungen war einer der wichtigsten Erfolge des unabhängigen Polens. Er bedeutete nicht nur eine feste Verankerung in der Organisation von demokratischen und modernen Staaten, sondern auch (oder vielleicht vor allem) die Überwindung der wirkmächtigen psychischen Selbstbeschränkung der polnischen Gesellschaft in der Volksrepublik Polen nach 1945.
- **Ich stimme auch nicht mit der häufig verkündeten These überein**, dass Polen nach dem Beitritt zur EU die Orientierung verloren habe, das heißt, dass es nicht recht wisse, in welche Richtung es gehen und was es mit dem erlangten Beitritt tun solle. Ich bin dagegen der Meinung, dass eine Debatte über die Formen der Beteiligung an internationalen Beziehungen, darunter insbesondere an supranationalen Organisationen wie der EU, in jedem demokratischen Staat sinnvoll und heutzutage sogar notwendig ist. Unser Leitziel in diesen Debatten ist eindeutig: Im strategischen Interesse Polens liegt eine starke und handlungsfähige Union, denn nur solch eine EU kann das

Solidaritätsprinzip gewährleisten; nur solch eine EU kann zum wichtigen Faktor in der kontinental-regionalen und globalen Entscheidungsfindung werden. Manche Politiker in Polen hatten vielleicht Probleme, dieses Ziel zu identifizieren. Kein Problem damit hatte und hat die polnische Bevölkerung, die konsequent auf sehr hohem Niveau die Mitgliedschaft in der EU befürwortet und trotz verschiedener Mäander in den Ratifizierungsprozeduren die Verabschiedung des Verfassungsvertrages entschieden befürwortet und das möglichst schnelle Inkrafttreten vom Lissabon-Vertrag bejaht.

- Eine feste und bislang die einzige Sicherheitsstütze für uns in der Welt war und ist die Nordatlantische Allianz. Dabei weiß ich auch die Bedeutung der bilateralen Beziehungen zu schätzen. Sie sind wichtig. Aber meine Generation hat Erfahrung mit verschiedenen Sicherheitsgarantien für unsere Souveränität. Derzeit sind wir Mitglied der in der Welt führenden Allianz, und eine wichtige Ergänzung dazu wird allmählich die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU: **Sie stellt keine Konkurrenz, sondern eben eine Ergänzung dar.** Diese Bedingungen zu entwerfen, ist unklug und sogar schädlich. Denn auch hier ist das Ziel eindeutig: Polen muss sich intensiv in den Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU als einer wichtigen Ergänzung der Nato einbringen, so, wie das bereits in der ersten Sicherheitsstrategie der EU vom Dezember 2003 definiert ist. Nur auf diese Weise kann man die euro-atlantischen Beziehungen vollständig garantieren und zugleich die EU zu einem vollwertigen, strategischen, politischen Akteur auf der globalen Ebene ausbauen, damit die EU nicht, wie das einmal von Zbigniew Brzezinski bezeichnet wurde, „ein politischer Parasit“ bleibt, der an Entscheidungsprozessen teilnehmen möchte, ohne dabei viel an Handlungsmacht anbieten zu können. Polen kann nur in einem starken, das heißt, in einem sicheren Europa sicher sein. Es gibt keinen anderen Weg!
- Und schließlich die gute Nachbarschaft. Man könnte sagen, dass Polen jetzt eine gute Nachbarschaft hat bzw. haben sollte. Die



Wende von 1989/90 war diesbezüglich von grundsätzlicher Bedeutung: Der *Status quo*, insbesondere in territorialer Hinsicht, wurde bestätigt und die Fragen des Schutzes von nationalen Minderheiten wurden prinzipiell geregelt. Es wurde jener „Pakt für Frieden und Stabilität“ verabschiedet, der zum Ausgangspunkt bei den Bemühungen um die Mitgliedschaft in der Nato und in der EU wurde. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die Geschichte der Nachbarschaft in unserer Region voll von tragischen Ereignissen ist.

Der Blick in die Vergangenheit und die Identifikation von Rahmenbedingungen und Grundsatzentscheidungen allein reichen allerdings nicht aus. Ich möchte vor einer falschen Selbstzufriedenheit warnen, die zum Verlust einer nüchternen Bewertung führen würde. Die letzten 20 Jahre bestätigten, dass insbesondere Polen und Deutschen sich nicht die Sünde der Unterlassung leisten können und sich stets an die tragische Vergangenheit erinnern sollten, wenn sie ihre Beziehungen entwickeln und neue Herausforderungen annehmen. Dabei ist es besonders wichtig, dass gerade die deutsche Gesellschaft das historische Gedächtnis über die Vergangenheit kultiviert. In meiner Rede vom 28. April 1995 während der Sondersitzung von Bundestag und Bundesrat zum 50. Jahrestag des Kriegsendes stellte ich Folgendes fest: „Die historische Erinnerung und Reflexion müssen unsere Beziehungen begleiten. Sie sollten jedoch nicht die Hauptmotivation dafür darstellen, sondern den Weg für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Motivationen bahnen.“ Nach über zehn Jahren seit dieser Rede kann ich feststellen, dass die dort geäußerte Botschaft durchaus aktuell ist. Wenn wir an die Zukunft denken, dürfen wir **nie** die Vergangenheit vergessen.

Staunen Sie also bitte nicht, wenn von einem Menschen meiner Generation manchmal scharfe, vielleicht zu verbitterte Worte fallen. Meine Generation, die Zeitzeugen von Auschwitz, die Opfer von Vertreibungen, Umsiedlungen, die Teilnehmer von Aufständen und diejenigen, die die Brutalität des letzten Krieges erfahren haben – diese Menschen verlassen uns. Mein Freund Jan Nowak-Jeziorański ist nicht mehr unter uns; Mieczysław Pszon, Jan Karski, Szymon Wiesenthal, Irena Sendler, Bronisław Geremek sind auch nicht mehr unter uns... Das waren Menschen, die jegliches

Unglück und gegen elementare Menschenrechte verstoßende Akte erfahren haben. Gleichzeitig gehörten sie zu denjenigen, die als erste die Hand zur Versöhnung ausgestreckt haben. Jetzt erscheint eine neue Generation von so genannten *spin doctors*, die für nationale Interessen und das historische Gedächtnis zuständig sind und dabei vor allem mit der populistischen Unterstützung der Gesellschaft rechnen. Es ist eine andere Welt, in der die fundamentalen Werte irgendwo beiseite bleiben.

Wenn ich merke, dass das Lebenswerk dieser verschwindenden Generation in Frage gestellt wird, zur Beute von blinden Vasallen wird bzw. Beute der Gedankenlosigkeit, Bitterkeit, des Neids und gar der politischen Dummheit wird, äußere auch ich manchmal bittere Worte. Das, was für einen Teil von jungen Zuhörern in diesem Saal etwas Selbstverständliches ist – Demokratie, Menschenrechte, Reisefreiheit, Freiheit, in jedem Teil der Welt zu studieren, Respekt für Menschen und andere Völker – das war das Handlungsziel meiner Generation. Die Mitgliedschaft in der Nato und in der EU, gute Nachbarschaft und eine solide Verständigung zwischen den Polen und Deutschen, dies alles sollte die Erfüllung von unserem Ziel sein. Krzysztof Skubiszewski, Mitbegründer der Außenpolitik des unabhängigen Polens, wurde im Laufe der schwierigen Verhandlungen 1990 nach der Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen gefragt. Seine Antwort lautete: „Ich muss Optimist sein!“ In dieser Antwort steckte eine entschiedene Überzeugung von dem Ziel und von der Strategie. Die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union erlaubt es mir heute – fast 20 Jahre nach den Worten Skubiszewskis – mit voller Überzeugung zu sagen: Ich bin gelassen, wenn es um die Zukunft Polens geht, und ich bin gelassen, wenn es um die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen geht. Ich bin und bleibe Optimist.